

Aus den vierten demokratischen Wahlen seit 1994 ging erneut der *African National Congress* (ANC) als eindeutiger Sieger hervor. Mit 65,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und 264 Sitzen im 400-köpfigen Parlament verfehlte die ehemalige Befreiungsbewegung jedoch knapp die Zweidrittelmehrheit. Offizielle Opposition in der *National Assembly* bleibt die *Democratic Alliance* (DA), die ihr Ergebnis um gut vier Prozent auf 16,66 Prozent ausbauen konnte. Das entspricht einem Zugewinn um 34,7 Prozent oder zwanzig Sitzen. Die erstmals kandidierende neue Partei *Congress of the People* (COPE), eine im November 2008 gebildete Abspaltung vom ANC, erreichte 7,42 Prozent der Stimmen (dreißig Sitze) und schaffte damit eine gute Ausgangsbasis für die Kommunalwahlen in etwa achtzehn Monaten sowie die Wahlen in 2014. Deutliche Verluste verzeichnete die *Inkatha Freedom Party* (IFP), die zehn von ihren achtundzwanzig Sitzen einbüßte und auf nationaler Ebene nur noch 4,55 Prozent der Stimmen erzielen konnte. Dramatisch war auch der Rückgang in der Provinz KwaZulu/Natal, in der IFP nach dem demokratischen Neubeginn die Regierung stellte. Dort kam die Partei nur noch auf 22,4 Prozent. Vor fünf Jahren hatte die IFP noch 36,8 Prozent der Wählerstimmen in ihrer Heimat für sich verbuchen können. Die kleineren Parteien rutschten auf nationaler Ebene alle unter die Ein-Prozent-Marke und sind damit bedeutungslos.

Bei etwas differenzierterer Betrachtung ist der Wahlsieg des ANC jedoch

nüchterner zu bewerten. Von den dreißig Millionen Wahlberechtigten registrierten sich nur 23,2 Millionen Wähler. Weitere 5,3 Millionen davon entschieden sich, nicht zur Wahl zu gehen. Den 17,9 Millionen Wählern stehen somit 12,1 Millionen Nichtwähler gegenüber. Das entspricht einer realen Wahlbeteiligung von etwa sechzig Prozent, deutlich weniger also als die offizielle Zahl von 76,27 Prozent, deren Basis nur die eingeschriebenen Wähler sind. Aus unterschiedlichen Motiven sind etwas mehr Wähler der Wahl ferngeblieben als die 11,7 Millionen, die für den ANC gestimmt haben. Bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten, nahm die Zustimmung für den ANC von 54 Prozent in 1994 auf nur noch 39 Prozent ab. Die Oppositionsparteien zusammen konnten hingegen bei dieser Wahl ihren Abwärtstrend stoppen. Bei gleicher Basis wuchs deren Zustimmung um drei Prozent und liegt nun bei insgesamt zwanzig Prozent. Auch die Identifikation und das Bekenntnis, einer Oppositionspartei anzugehören, haben seit 2004 deutlich zugenommen. Andererseits gelang es der Opposition nur begrenzt, unzufriedene Wähler, die sich vom ANC abwandten, für sich zu gewinnen.

In acht Provinzen nahm der Stimmenanteil des ANC ab, in drei davon auch an absoluten Wählerstimmen. Lediglich der deutliche Zuwachs in KwaZulu/Natal um 15,97 Prozent auf 62,95 Prozent führte dazu, dass sich die Verluste des ANC im Vergleich zu den Wahlen in 2004 auf knapp vier Prozent begrenzten.

Es gibt jedoch interessante Einzelergebnisse, die durchaus einen Umbruch andeuten könnten. Das Eastern Cape gilt als Stammland des ANC. Govan Mbeki, Oliver Tambo, Walter Sisulu und Thabo Mbeki kommen aus dieser Provinz. Dort verzeichnete der ANC einen Rückgang von knapp 80 Prozent in 2004 auf nunmehr 68,82 Prozent. In Port Elizabeth bleibt der ANC mit 49,64 Prozent unter der absoluten Mehrheit. Die DA schaffte es auf 28,13 Prozent, und COPE erzielte 17,33 Prozent der Stimmen. Auch in Mthatha, der Geburtsstadt von Nelson Mandela, erreichte der ANC mit 56,65 Prozent ein eher mageres Ergebnis. Hier erhielt COPE ebenso wie in der ANC-Hochburg Alice über 14 Prozent. Andererseits rutschte der ANC, auch wegen fortgesetzter parteiinterner Querelen, in Western Cape auf 31,55 Prozent ab. Diese Provinz gewann die DA mit einer komfortablen Mehrheit von 51,46 Prozent.

Bedenklich stimmt, dass nach fünfzehn Jahren „non-racial democracy“ ebenso wie in den drei früheren Wahlen eine hohe Korrelation zwischen der Rassenzugehörigkeit und der Parteipräferenz fortbesteht. Eine Ipsa-Markinor-Umfrage vom März 2009 zeigt, dass von den 62 Prozent, die sich für den ANC aussprachen, 96 Prozent Schwarze waren. Die gleiche Umfrage belegt, dass die DA-Sympathisanten entweder weiß (63,5 Prozent) oder *coloured* (25,3 Prozent) sind. Das bestätigt auch die Analyse des *Institute for Democracy in South Africa* (IDASA) aufgrund der Wahlergebnisse. Demnach hat der ANC seine stärkste Machtbasis in überwiegend von Schwarzen bewohnten ländlichen oder ärmeren städtischen Regionen. Auf diese Wählergruppen fokussierte der ANC einen Gutteil seines Wahlkampfes. Obwohl in diesem Jahr zwei Millionen mehr Stimmen im Vergleich zu 2004 abgegeben wurden, gelang es dem ANC damit jedoch nicht, seine Wählerbasis auszubauen. Nach Einschät-

zung von IDASA findet der ANC bei den Minderheiten kaum mehr Unterstützung.

Interessant ist ein Blick auf COPE. Mit 7,42 Prozent blieb die Partei hinter den Erwartungen zurück. Andererseits erzielte COPE damit das mit Abstand beste Ergebnis im Vergleich zu früheren ANC-Abspaltungen beziehungsweise Neugründungen, die inzwischen alle als gescheitert angesehen werden müssen. Hinzu kommt die breite Basis von COPE in der Wählerschaft. Als einzige Partei hat COPE nach Ipsa Markinor mit 60,2 Prozent schwarzen, 17,7 Prozent weißen und 19,5 *coloured* sowie 2,7 Prozent *indian* Sympathisanten eine relativ ausgewogene Basis. COPE ist demografisch am meisten repräsentativ und findet Zuspruch über die Rassengrenzen hinweg. Ebenso ist davon auszugehen, dass COPE sowohl für die weiße als auch die wachsende schwarze Mittelschicht als politische Alternative attraktiv ist. COPE könnte folglich gelingen, was die bisherige Opposition nach Afrobarometer-Umfragen nicht geschafft hat: nämlich als inklusive Partei perzipiert zu werden. Als solche galt bisher lediglich der ANC.

## Staatspräsident Zuma

Am 6. Mai wurde Jacob Geleyihlekisa „Msholoji“ Zuma nach Nelson Mandela und Thabo Mbeki sowie der kurzen Interimsregierung von Kgalema Motlante im Parlament in Kapstadt zum vierten Staatspräsidenten im „Neuen Südafrika“ gewählt. Der 66-jährige Zuma polarisierte im Wahlkampf wie kaum einer der Mitbewerber und hatte entweder hundertprozentige Befürworter oder Gegner. Trotzdem ist es eine verkürzte Sichtweise, Jacob Zuma lediglich als ungebildeten Volkstribun und Populisten, als Frauenhelden und korrupten Politiker abzutun. Zuma musste bereits früh zum Unterhalt der Familie beitragen und hat deshalb keinerlei Schulbildung. Mit siebzehn Jah-

ren trat er dem ANC bei und engagierte sich im Kampf gegen die Apartheid. In den zehn Jahren auf Robben Island wurde er von Mithäftlingen in Politik unterrichtet und lernte Sprachen im Eigenstudium. Im Exil war er eng mit Thabo Mbeki verbunden. Umso schärfer war der Bruch zwischen diesen beiden ANC-Führern. Seine Entlassung als Vizepräsident des Landes verzieh er Mbeki nie. Beim Parteitag in Polokwane im Dezember 2007 erlangte Jacob Zuma mit seinen Anhängern einen überwältigenden Sieg. Es entstanden zwei Machtzentren in den Union Buildings in Pretoria und im Luthuli House in Johannesburg. Im September 2008 musste Thabo Mbeki vom Amt des Staatspräsidenten zurücktreten. Seine Partei hatte ihn dazu verpflichtet. Diese Regel des ANC, der für sich in Anspruch nimmt, seine Funktionäre nach Belieben einzusetzen oder abzuberufen, ist weiterhin gültiges Prinzip.

Jacob Zuma überzog mit seinem Team das Land mit einem fast perfekten Wahlkampf. Dabei stand er stets im Mittelpunkt. „JZ“ war das Programm. Es gelang den Strategen, die Aufbruchstimmung von COPE zu brechen und damit eine Spaltung in der Mitte des ANC zu verhindern. Es wurden Wählercluster gebildet und Tür-zu-Tür-Kampagnen über alle Provinzen hinweg durchgeführt. Dabei blieb Fairness teilweise auf der Strecke. So wurden Lebensmittelpakete aus öffentlichen Programmen von Parteileuten mit Zuma-T-Shirts verteilt, Zuma hielt politische Reden während Gottesdiensten. Öffentliche Bedienstete, Lehrer und Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes wurden über Monate freigestellt und machten Wahlkampf für die Regierungspartei. Noch am Wahltag wurde an den Wahllokalen Wahlwerbung in breitem Stil betrieben. Dass dabei auch Listen des Unabhängigen Wahlrats (*Independent Electoral Commission*, IEC) in der Township Alexandra im Norden von Johannesburg be-

nutzt wurden, hätte den IEC zum Einschreiten veranlassen müssen.

Bei seiner Amtseinführung am 9. Mai gab sich Jacob Zuma staatsmännisch. Den Amtseid legte er in Begleitung seiner ersten von drei Frauen, Sikakele Kumalo, ab. Seine beiden anderen Frauen waren ebenfalls anwesend. Die Reihe der 29 Staatsoberhäupter beschränkte sich im Wesentlichen auf die Region. Unter ihnen war der Präsident der Afrikanischen Union (AU), der libysche Staatspräsident Muammar al-Gaddafi. Umstritten war die Anwesenheit von Präsident Robert Mugabe mit seiner Frau Grace vom Nachbarland Simbabwe. Nicht angereist war der Präsident des Sudan, Omar al-Bashir, gegen den Haftbefehl vom Internationalen Strafgerichtshof besteht. In seiner Antrittsrede vor 36 000 Zuhörern im Amphitheater vor dem Präsidentenpalast berief sich Jacob Zuma mehrmals auf Nelson Mandela und fand versöhnliche Worte gegenüber Thabo Mbeki.

## Umbau der Regierung

Sein Kabinett stellte Jacob Zuma am 11. Mai der Öffentlichkeit vor. Es handelt sich dabei um einen fast kompletten Umbau der bisherigen Regierung. Die Anzahl der Ministerien wurde um sechs auf 34 erhöht. Mehrere Ressorts wurden gesplittet oder umbenannt, und Zuständigkeiten wurden geändert. Als seinen Vizepräsidenten ernannte Zuma seinen Amtsvorgänger Kgalema Motlante, der sich damit der Forderung der Partei beugte. Im Gegensatz zu Motlante, der der neuen Regierung nicht angehören wollte, strebte die bisherige Vizepräsidentin Baleka Mbete dieses Amt an. Sie verweigerte ihre Vereidigung als Abgeordnete aus Verärgerung, dass sie nicht in dieses Amt berufen wurde, und schied aus dem Parlament aus.

Wichtigste strukturelle Neuerung ist die Schaffung von zwei Ministerien im Präsidentsamt. Der bisherige Finanzminis-

ter Trevor Manuel gilt nun als machtvoller Superminister. Er steht der Nationalen Planungskommission vor, die künftig ressortübergreifend für die strategische Planung auf allen Ebenen der Regierung verantwortlich ist. Weiterhin wird eine Monitoring- und Evaluierungseinheit geschaffen, die die *policing performance* auf nationaler, Provinz- und lokaler Ebene überwacht und für das administrative Management im Präsidentialamt zuständig ist. Unklar bleibt bislang, wie die einzelnen Bereiche gegeneinander abgegrenzt werden sollen und wie weitgehend die Kompetenzen der Präsidentialamtsministerien sein werden. Das Konzept einer nationalen Planungskommission geht auf einen Vorschlag der *South African Communist Party* (SACP) zurück, die mit dem Gewerkschaftsverband *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) und dem ANC die Regierungsbündnis bildet. Demnach sollten die Schlüsselministerien in einer zentralen Planungs- und Organisationseinheit gebündelt werden, die die Entwicklungsagenda des Landes bestimmt. Die Zusammensetzung des nun geschaffenen Ministeriums ist dagegen unklar. Im Gespräch ist eine fünfzehnköpfige Einheit, die sich aus Ministern und ANC-Führungskadern zusammensetzt. Nicht definiert ist bislang auch, ob die Nationale Planungskommission Vorschläge erarbeitet, die im Kabinett verabschiedet werden, oder ob diese für die zuständigen Ministerien bindend sind. Gleiches gilt für die Monitoring- und Evaluierungseinheit, die beratende Funktion oder durchgreifende Kompetenzen haben kann. Problematisch ist auch die Einbeziehung der Provinz- und der lokalen Ebene, da dies zu einer weiteren Verlagerung von Kompetenzen auf die nationale Exekutive führt. Sollte zusätzlich die *Single Public Service Bill* im neuen Parlament verabschiedet werden, wäre neben der Planungs- und Evaluierungskompetenz

auch die Bestellung der öffentlich Bediensteten auf der nationalen Ebene konzentriert. Die weiter gehende Frage ist, welche Kompetenzen beim Finanzministerium verbleiben und was die Zuständigkeiten des Ministeriums für staatliche Unternehmen und des neu geschaffenen Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung sowie des Handels- und Industrieministeriums sind. Als Finanzminister hatte Trevor Manuel durch die Haushaltssteuerung maßgeblichen Einfluss auf die Politikgestaltung. Gehen diese Kompetenzen auf die Nationale Planungskommission über, hätte das die Beschneidung der Kompetenzen des neuen Finanzministers Pravin Gordhan zur Folge. Auch wenn der Umfang der jeweiligen Kompetenzen noch nicht eindeutig erkennbar ist, steht fest, dass die Machtkonzentration im Präsidentialamt mit der Schaffung der beiden „Superministerien“ erheblich ausgeweitet wird.

Das bisherige Bildungsministerium wird aufgeteilt in jeweils ein Ministerium für Basis- und höhere Bildung. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit von über 65 Prozent, des schlechten Abschneidens bei vergleichenden internationalen Erhebungen trotz hohen Bildungsbudgets und der katastrophalen Ergebnisse beim letzten Abschluss zur Hochschulreife als Folge der schlecht vorbereiteten Einführung der sogenannten *Outcome-Based Education* ist diese Entscheidung durchaus gerechtfertigt. Zweifel bestehen, ob die Verantwortung für den tertiären Bildungssektor beim Generalsekretär der SACP, Blade Nzimande, in den richtigen Händen liegt. Ebenso ist die Beförderung von Angie Motshekga von der *MEC of Education* der Provinz Gauteng zur Ministerin für Grundbildung zu hinterfragen.

Problematisch ist auch die Ernennung des Unternehmers Tokyo Sexwale zum *Minister of Human Settlements*, dem früheren *Minister of Housing*. Mit seiner Hol-

ding Mvelaphada ist der neue Minister privatwirtschaftlich in diesem Sektor tätig und beteiligt sich an umfangreichen öffentlichen Ausschreibungen. Die Führung des Unternehmens hat er zwar nach seiner Ernennung abgegeben; das ändert aber nichts an den Eigentumsverhältnissen. Auch die Versetzung der erfolgreichen Gesundheitsministerin nach nur sechs Monaten in das Ministerium für staatliche Unternehmen wird kritisch gesehen. Barbara Hogan setzte eine effektive Bekämpfung des HI/Aids-Virus um, indem sie die Erkrankten wieder mit antiretroviralen Medikamenten versorgte, was ihre Vorgängerin Manto Tshabalala Msimang ablehnte. Deren Ausscheiden aus der Regierung wird von niemandem bedauert.

Kritiker halten die völlige Umstrukturierung des Kabinetts und vor allem die Erweiterung um sechs Ministerien für nicht angemessen. Einerseits passe es nicht in den derzeitigen wirtschaftlichen Kontext. Die Arbeitslosigkeit hat in Südafrika im Mai auf 23,5 Prozent zugenommen, bei Einbeziehung nicht vermittelbarer Arbeitsloser steigt die Rate auf bis zu vierzig Prozent an. Andererseits stellt sich die Frage, ob eine Aufblähung des Kabinetts auch eine Effizienzsteigerung nach sich ziehen wird. Hinzu kommt die Problemstellung des Verhältnisses der Ministerien zum erweiterten Präsidialamt.

## Erbe Mandelas?

Jacob Zuma berief sich in seiner Antrittsrede mehrfach auf das Erbe von Nelson Mandela und dessen Versöhnungsanspruch. Er rief zur Einheit auf und erkannte Leistungen von Minderheiten im Land an. Gleichzeitig spaltet Zuma, wenn er die weiße Minderheit in „gut“ (Afrikaner) und „schlecht“ (britischstämmig) unterteilt. Zuma will Korruption und Patronage scharf bekämpfen und die sozialen Dienstleistungen effi-

zient gestalten. Andererseits war er nicht bereit, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen Korruption und Bestechung von einem unabhängigen Gericht klären zu lassen. Vielmehr setzte er alles daran, dass die Anklage unter zweifelhaften Umständen fallen gelassen wurde. Zuma verlangt die Stärkung der demokratischen Institutionen. Gleichzeitig toleriert er, wenn seine Anhänger Verfassungsrichter als Konterrevolutionäre bezeichnen und den Status des Verfassungsgerichts hinterfragen. Der ehemalige Oberste Richter am Verfassungsgericht, Arthur Chaskalson, fühlte sich deshalb verpflichtet, ein leidenschaftliches Plädoyer für die uneingeschränkte Respektierung beider Institutionen abzugeben. Jacob Zuma spricht über Minderheiten und erkennt das in der Verfassung verankerte Mehrparteiensystem an. Der gleiche Jacob Zuma frohlockt aber auch, der ANC werde an der Regierung sein, bis Jesus wiederkomme, seine Partei nimmt Spendengelder aus dem Ausland an und ist nicht bereit, eine Regelung der privaten Parteienfinanzierung zu akzeptieren. Ebenso verhindert der ANC eine Reform des rein proportionalen Wahlrechts nach Parteilisten, das faktisch ein imperatives Mandat mit schwachen Parlamenten geschaffen hat. Die Trennung von Partei und Staat wird durch die fortdauernde Einparteiendominanz verwischt, und auch die Zivilgesellschaft sammelt sich mehr und mehr unter dem Dach der sogenannten „big church“, genannt ANC.

Südafrika hat gewählt. Die Wahlen waren in ihrer Durchführung frei und fair. Eine Konsolidierung des Parteiensystems ist ansatzweise erkennbar. Grundlagen für ein pluralistisches Mehrparteiensystem sind gelegt. Jacob Zuma hat keine leichte Aufgabe übernommen. Seine Bewährung ist nicht nur für Südafrika wichtig, sondern für die gesamte Region entscheidend.